

**NIE  
WIEDER  
KRIEG.  
NUR IM FRIEDEN  
KANN DER  
MENSCH SEIN.**

**DIE LINKE.**

Der 1. September ist der Tag gegen den Krieg.

Er erinnert an den Beginn des 2. Weltkriegs, als Nazi-Deutschland Polen überfiel.

Wir sagen: Nie wieder darf von deutschem Boden Krieg ausgehen. Nie wieder darf Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: US-Präsident Trump droht dem Iran mit Krieg, Deutschland und die EU rüsten weiter auf und ausgerechnet die ehemalige Verteidigungsministerin von der Leyen übernimmt den Vorsitz der EU-Kommission.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

7. Ausgabe / 30. Jahrgang

Für Halle und den  
Saalekreis

25. August 2020

## Kein Frieden ohne Abrüstung!

DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Wir kämpfen für konsequente Abrüstung und wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten.

Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der Europäischen Union machen diese Forderungen dringlicher denn je. Viele Menschen sind besorgt und verunsichert durch Krieg und Terrorismus und einer drohenden militärischen Konfrontation zwischen den NATO-Staaten bzw. den USA und Russland. Freihandel und Direktinvestitionen, Konkurrenz um knappere Ressourcen und Folgen der Klimakatastrophe führen zu Aufständen, kriegerischen Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen über die Kontinente. Seit 16 Jahren führen die westlichen Staaten unter Führung der USA und mit Beteiligung Deutschlands ihren sogenannten Krieg gegen den Terror. Dieser Krieg gegen den Terror ist gescheitert. Der Terror wurde nicht besiegt, sondern nach Europa geholt.

In den Ländern, in denen der Krieg gegen den Terror geführt wird, wie Afghanistan, Pakistan und Irak, hat er die Gesellschaften zerstört. Er hat die bekämpften

Gruppen wie Taliban und Al Kaida kaum geschwächt, andere Gruppen wie den Islamischen Staat überhaupt erst stark gemacht. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt und hat Macht und Einfluss auf diese Entwicklungen. Im Weißbuch der Bundeswehr wird der Anspruch erhoben, die globale Ordnung - auch militärisch - aktiv mitzugestalten, vor dem Hintergrund der „wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung“ Deutschlands.

Wir stellen uns gegen die Pläne der Bundesregierung für Aufrüstung und Weltmachtspolitik. Wenn die Regierung von „deutscher Verantwortung in der Welt“ spricht, sagen wir: Das muss eine Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen sein. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird - und mit internationaler Solidarität.

## Martha-Brautzsch-Gedenken am 17. Juli auf dem Südfriedhof in Halle

Am 17. Juli vor 113 Jahren wurde Martha Ganzer geboren. Unter dem Namen Martha Brautzsch ist sie uns als hallesche Arbeiterin, als KPD-Mitglied und als Antifaschistin bekannt. Darüber hinaus leistete sie Widerstand gegen den Nationalsozialismus und half dabei, nach dem Krieg Frauenausschüsse in der Region aufzubauen. Ihre Ermordung ist

bis heute nicht sicher geklärt, wozu auch die Verklärung ihrer Person und ihres Todes in der DDR beigetragen hat. Heute an ihrem Geburtstag gedenken wir ihrer und ihrer antifaschistischen bzw. feministischen Haltung und Arbeit, wollen aber nicht auf die kritische Reflektion von Gedenkkultur und -tradition verzichten. Beides halten wir für gleichermaßen wichtig. Nach Martha Brautzsch ist in Halle eine Straße benannt und ihr Grab kann auf dem Südfriedhof besichtigt werden.



## Aus der letzten Stadtratssitzung vom 15. Juli 2020

Es war durchaus eine besondere Stadtratssitzung im Stadion! Da wir eine lange Tagesordnung zu bewältigen hatten und absehbar war, dass die Sitzung länger als drei Stunden dauern würde, wurde dieser Ort gewählt. Damit konnte auf Grund der strengen Vorgaben für geschlossene Räume durch die Pandemie unser Stadtrat unter freiem Himmel stattfinden.

Zunächst wurden noch offene Beschlussvorlagen der Sitzung aus dem Juni behandelt. So wurde z.B. der Baubeschluss zum Taubenbrunnen in Halle-Neustadt verabschiedet, der Beschluss über die Einziehung des Thaler Weges gefasst, die Marktsatzung für die Stadt Halle beschlossen. Beschlossen wurden ebenfalls, auch mit unseren Stimmen, die Aufstellung des Kunstwerkes DIE STÖRUNG, die sechste Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in der Stadt Halle (Saale) und auch die Umsetzung des ESF-Programms „Schulerfolg sichern“: Netzwerkinstitution „Schulerfolg für Halle“.

Unter den „neuen“ Vorlagen, die zu beschließen waren, gab es auch eine Vorlage zur neuen Städtepartnerschaft mit der Stadt Gjumri. Die Stadt Gjumri liegt in der Republik Armenien. Es gibt bereits enge Kooperationen in den Bereichen Wissenschaft und Medizin zwischen der MLU und der staatlichen Universität Shirak, die ausgebaut werden sollen. In der Vereinbarung beider Städte ist zu lesen, dass beide Seiten den kulturellen und touristischen Austausch ihrer Bürgerinnen und Bürger stärken wollen. Dazu gehören vor allem Schulpartnerschaften, Sprach- und Bürgerreisen und sportliche Wettkämpfe.

Beschlossen haben wir auch eine Richtlinie zur Förderung von entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsarbeit. Der Fonds beträgt 5000 Euro, einzelne Projekte können maximal bis 300 Euro gefördert werden. Antragsberechtigt sind Vereine und Initiativen in der Stadt Halle, die nachweislich im Interesse der Stadt Halle ihre Projekte beantragen und das Ziel verfolgen, der Information und Bildung von Einwohnerinnen zu entwicklungspolitischen Themen zu dienen. Dazu gehören z.B. Ziele zur Herstellung eines gerechten Welthandels.

Beschlossen, auch mit unseren Stimmen, wurden Verfügungsfonds „Aktives Neustadt“ und „Aktive Silberhöhe“ und die entsprechenden Richtlinien. Auf

der Grundlage der Handlungskonzepte „Soziale Stadt“ wurden diese Verfügungsfonds gebildet. Mit dem Fonds sollen Maßnahmen zur Förderung der Stadtteilkultur, zur kulturellen und sozialen Integration, der lokalen Ökonomie und von Stadtraum gestalteten Projekten initiiert werden, heißt es in der Begründung der Vorlage. Antragsberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen. Eine Jury entscheidet über die Projekte. Die entsprechenden Gelder kommen u.a. aus Fördermitteln des Bundes, des Landes und der Stadt Halle (Saale).

Es folgten die Verabschiedung mehrerer Bebauungspläne zum Riebeckplatz, die im Stadtrat eine Mehrheit fanden. Auch der Bebauungsplan-Beschluss zur öffentlichen Auslegung- zum Nahversorgungszentrum Ammendorf fand eine Mehrheit. Unsere Fraktion stand diesem Ansinnen von Anfang an sehr kritisch entgegen und stimmte der Vorlage nicht zu. Auf der Tagesordnung stand auch der Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Markthalle. Bereich im Vorfeld gab es in den Fachausschüssen sehr viel Kritik zu diesem Vorhaben, sodass kein Ausschuss dieser Vorlage zustimmte. Es mehrten sich bereits Stimmen aus der Bevölkerung, vor allem auch der Händler\*innen auf dem Marktplatz, die dem Ansinnen der Verwaltung nicht folgen konnten. Unsere Fraktion hätte dieser Vorlage auch nicht zustimmen können. Wir möchten nicht, dass der Marktplatz „zugebaut“ wird und möchten die jetzige Nutzung, die auch Flexibilität von Veranstaltungen zulässt, beibehalten. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle hat diesen Tagesordnungspunkt auf den September vertagt. So wurde also noch nicht über dieses Vorhaben abgestimmt.

Unseren Antrag zur Erstellung einer Tafel zu Ehren Karl Mesebergs haben wir zurückgezogen. Der Gedenkstein an der Kreuzung Turmstraße/ Karl Meseberg-Straße befindet sich auf einem Privatgelände und gehört dem privaten Eigentümer des Grundstücks, heißt es in der Begründung zum Antrag in der Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung hatte Kontakt zum Eigentümer aufgenommen, der Eigentümer hat jedoch andere Pläne mit seinem Grundstück. Viele Diskussionen löste bereits im Vorfeld des Stadtrates, also in den Fachausschüssen, ein Antrag der FDP aus, zu Kindern ohne Schulspeisung. Dieser Antrag wurde mehrere Male verändert. Ausgangs-



punkt war ein Besuch der FDP in einer Schule und das Erleben, dass eine Schülerin nicht an der Schulspeisung teilnehmen konnte. Der Antrag beinhaltet jetzt, dass die Verwaltung ihrer Informationspflicht nachkommt, anspruchsberechtigte Familien innerhalb des Bildungs- und Teilhabepaketes aufzuklären und sie bei der Antragstellung zu unterstützen sowie vierteljährlich den Stadtrat zu informieren. Hinter dem Antrag verbirgt sich ein sensibles Thema, welches wir im Grunde auch unterstützen. Das Thema hat uns schon Jahre beschäftigt und gemeinsam mit der Stadtverwaltung wurde in den letzten Jahren gerungen, was noch zu verbessern ist. So sind Anträge in leichter Sprache entstanden, Mitarbeite\*innen der Verwaltung und vor allem die Schulsozialarbeiter\*innen der Schulen arbeiten mit den Eltern, sind bei Elternabenden dabei etc. Mindestens einmal im Vierteljahr gibt es seitens des Jobcenters und der Stadtverwaltung eine Berichterstattung im Sozial-Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss. Es wird eigentlich schon

umgesetzt, was hier gefordert wird! Deshalb hatten wir mit diesem Antrag ein Problem und haben ihn in dieser Form nicht unterstützt, vor allem nicht im 2. Punkt. Letztlich müssen die Anträge von den Eltern gestellt werden, das kann die Stadtverwaltung nicht übernehmen. Wir alle können aber Eltern, die anspruchsberechtigt sind, auf diese Möglichkeiten der Unterstützung hinweisen, sodass eigentlich kein Kind mehr von der Schulspeisung ausgeschlossen werden muss. Angenommen wurde eine gemeinsame Resolution mehrerer Fraktionen (wir sind auch dabei) zur Unterstützung des kommunalen Solidarpaktes 2020. Der Beschlussvorschlag lautet: „Der Stadtrat fordert den Oberbürgermeister auf, die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz ergriffene Initiative für einen kommunalen Solidarpakt 2020 zu unterstützen und sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass dieser Vorschlag vom Land Sachsen-Anhalt unterstützt und zeitnah umgesetzt wird.“

Ute Haupt

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 03. Oktober begehen wir zum 30. Mal den Tag der deutschen Einheit. Mit diesem Tag und den damit verbundenen Ereignissen, beginnend mit dem Herbst 1989, der Zeit der Runden Tische, den letzten Monaten der DDR und den ersten Monaten nach der Herstellung der deutschen Einheit verbindet jeder von uns eigene Erlebnisse, Erinnerungen und Gefühle. Für die meisten von uns hat diese Zeit starke Brüche in ihren Biographien mit sich gebracht. In so ziemlich allen Bereichen des Lebens galt es, sich auf neue Bedingungen einzustellen, z. B. beim Einkaufen, mit der neuen Währung, mit den Versicherungen, im Gesundheitswesen u. v. a. m. Es galt, im persönlichen, beruflichen und politischen Leben seinen Platz zu finden. Viele verloren in Folge der Privatisierungen ihren Arbeitsplatz und manche auch ihre Wohnung. Wir wollen diese Zeit für uns noch einmal Revue passieren lassen und unsere Gedanken hierzu austauschen. Daher schreibt uns bitte, wie ihr diese Zeit (Ende 1989 bis in die ersten Jahre nach dem 03. 10 1990) erlebt habt, wie es euch ergangen ist und vielleicht, wie ihr heute darüber denkt.

Diese Bitte soll auch an die Jüngeren unter uns gehen, die zu „Wendezeiten“ noch nicht erwachsen, aber doch schon von den vielen Umbrüchen betroffen waren.

Lasst uns den 03. Oktober 2020 zum Anlass nehmen, uns in unseren Veranstaltungen, Gesprächen und als Beiträge zum Linken Blatt dies alles noch einmal zu thematisieren und so vielleicht auch für unsere heutigen Verhältnisse und Probleme einen Bezug herstellen.

Lydia Roloff

## **Linkes Blatt**

### **Impressum:**

DIELINKE Halle, Stadtvorstand  
DIELINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Anja Krimmling-Schoeffler/  
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

### **Spendeerbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
20.08.2020  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 24.09.2020

## In Berlin und (H)alle dabei - Kann denn nicht wenigstens einer an die Kinder denken!?

Kann denn nicht wenigstens einer an die Kinder denken!? In einer schrecklich komischen gelben Zeichentrick-Familie gibt es eine Figur, die vermutlich von ihren Machern dazu beauftragt worden ist, nur diesen einen Satz zu sagen. Sie taucht als running gag immer wieder mal auf, wenn es Probleme in der Zeichentrickwelt gibt. Gehört findet sie selten. Das ist eine wirklich ironische Spiegelung der Realität, denn diese verzweifelt ausgerufenen Frage kann man sich in Anbetracht der derzeitigen Bildungs- und Sozialpolitik von Bund und Land nicht oft genug stellen. Es gibt sogar mehr als nur eine:n, die:der an die Kinder denkt. Doch wie im Trickfilm, so finden auch jene kaum Gehör.

Derzeit sieht man meine Genoss:innen und mich öfter mal in der Innenstadt von Halle Unterschriften sammeln. DIE LINKE. in Sachsen-Anhalt unterstützt gemeinsam mit Gewerkschaften, Elternräten und anderen Bündnispartner:innen das Volksbegehren Den Mangel beenden - Unseren Kindern Zukunft geben! Nicht erst durch Corona ist klar, wie viel Arbeit Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter:innen und Schulsozialarbeiter:innen an Bildungseinrichtungen wie Schulen leisten und doch wird gespart und gekürzt, was das Zeug hält. Die Folgen: Unterrichtsausfall, überarbeitete Lehrkräfte, immer größere Klassenverbände, marode Schulgebäude, veraltete Technik, massive Defizite in der Bildung und Förderung der nächsten Generationen. Das darf so nicht weitergehen! Darum zählt hier jede Unterschrift für ein erfolgreiches Volksbegehren. Die Landespolitik muss gezwungen werden, sich mit dieser Thematik ernsthaft zu beschäftigen und zu handeln.

Wir Bündnispartner:innen fordern:

- eine bedarfsgerechte Personalpolitik; heißt: mehr Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter:innen an den Schulen und zwar in ihrer Zahl gemessen und abhängig von den Schüler:innenzahlen
- die dauerhafte Rücknahme der Bedarfskürzungen und gleichzeitig die Schaffung einer Reserve für die Unterrichtsversorgung (105%)
- mindestens eine Verdopplung der Schulsozialarbeiter:innen an den Schulen

Leider, leider, leider machen der Kürzungswahn und die Sparmanie der Landesregierung auch vor den Kleinsten nicht Halt, denn auch in den Kitas des Landes sieht es mehr als düster aus. Kinder scheinen in den Augen der Regierungen keine systemrelevante Ressource darzustellen, oder wie soll man sich diese unsäglich verantwortungslosen Entscheidungen erklären?

Die heute show hat unlängst in einem satirischen Beitrag die Prioritätensetzung der Bundesregierung auf den Punkt gebracht. In Zeiten von Krisen - und leider nicht nur da - wird lieber über einen Auto-Gipfel, über Abwrackprämien und Rettungspakete für Automobilkonzerne debattiert, statt über die Zukunft der Kinder und Jugendlichen, die eines Tages mal dieses Land mit neuen und innovativen Ideen mitgestalten werden. Aber dafür brauchen sie eine gute Bildung und eine frühe Förderung.

Darum möchte ich in dieser Kolumne, und auch weil wir gerade mit einem Volksbegehren auf eine ähnliche Problematik hinweisen, auch auf einen Bereich aufmerksam machen, der genauso viel Unterstützung benötigt. Inspiriert von einer heute-show-Ausgabe wurde die Petition Kita-Gipfel statt Auto-Gipfel: Für einen bundesweiten Personalschlüssel jetzt! gestartet. Auch Kitas leiden unter der Sparpolitik des Bundes. Personalmangel und seine Folgen sind sicht- und spürbar. Das hat die Kita-Leiterin Katharina Schröder aus Halle zum Anlass genommen, sich zur Wehr zu setzen und startete die bundesweite Petition. Sie will damit auf die Missstände in Kitas aufmerksam machen, die denen in den Schulen stark ähneln und fordert einen bundesweit einheitlichen Personalschlüssel, der die Relation zwischen Fachkraft und Kindern realistisch und bedarfsgerecht widerspiegelt, damit neben der unmittelbaren Kontaktzeit zu den Kindern, auch Zeit für Elterngespräche, Dokumentationen, Teamgespräche vorgesehen und angemessen berücksichtigt werden, aber eben auch Ausfallzeiten aufgefangen und ausgeglichen werden können.

Beide Unterschriftenaktionen sind eigentlich nicht auseinanderzudenken, denn sie benennen dasselbe Problem: Gute, hochwertige und gleichberechtigte Bildung, Förderung und Erziehung von Kindern und

Jugendlichen gelingt nur, wenn die Rahmenbedingungen optimal sind.

Das weiß auch meine Fraktion und kämpft bereits seit Jahren für bessere Bedingungen in Schulen und Kitas. Dabei haben wir den Personalschlüssel und die Arbeitsbedingungen gleichermaßen im Blick wie die sozialen Komponenten, also beispielsweise die schrittweise Abschaffung der Kitagebühren, damit auch Kinder aus wirtschaftlich schwachen Familien einen Kitaplatz bekommen können, wo es dann auch ein unentgeltliches und warmes Mittagessen für jedes Kind geben soll.

Darüber hinaus kämpft DIE LINKE. auch für die Abschaffung von Ausbildungsgebühren, die Einführung einer Mindestvergütung von Auszubildenden,

höhere Löhne für Pädagog:innen, Erzieher:innen und Co. und die damit verbundene Aufwertung sozialer und pädagogischer Berufe.

Dafür brauchen wir, unsere Bündnispartner:innen und natürlich all jene, die von dieser unsäglichen Kürzungspolitik betroffen sind, volle Unterstützung. Unterschreibt, was das Zeug hält die Unterschriftenlisten für das landesweite Volksbegehren Den Mangel beenden - Unseren Kindern Zukunft geben! und die bundesweite Petition Kita-Gipfel statt Auto-Gipfel: Für einen bundesweiten Personalschlüssel jetzt! Und nicht nur das! Teilt diese Aktionen mit Freunden, Verwandten und Bekannten, legt sie aus, sprecht an und schickt ausgefüllte Bögen an die jeweiligen Initiator:innen zurück.

## **Schöne digitale Welt.**

### **Rezension**

Bernhard Pörksen Andreas Narr (Hrsg.) Schöne digitale Welt. Analysen und Einsprüche von Richard Gutjahr, Sascha Lobo, Georg Mascolo, Miriam Meckel, Rangar Yogeshwar und Juli Zeh Herbert von Halem Verlag Köln Halem, 2020, ISBN 978-3-86962-477-8, 214 S.

Im Nachwort von Andreas Narr wird die Einrichtung der Tübinger Mediendozentur 2003 und die daraus folgende Gründung des Instituts für Medienwissenschaft beschrieben. Ziel sei die Schaffung eines Forums gewesen, „in dem ... Entwicklungen (der Medien- V.S-L.) reflektiert, diskutiert und gespiegelt werden können“ (S. 202). „Nicht wenige ‚Tübinger‘ haben später im Sender (swr- V.S-L.) oder in der ARD beachtliche Karriere gemacht“ (S. 204). Jährlich halten seitdem die InhaberInnen dieser Dozentur eine vielbeachtete Rede, die zum Aushängeschild dieser Dozentur geworden ist. Der Festsaal der Tübinger Universität mit 1000 Plätzen reiche inzwischen nicht mehr aus, so dass diese inzwischen auch in andere Hörsäle übertragen werde - so Andreas Narr. Sechs dieser fulminanten Vorträge sind in vorliegendem Buch gebündelt - jeweils mit einer Vorbemerkung der Herausgeber. Diese „Vorbemerkung“ ist mehr als die sonst üblichen kurzen Hinweise auf Vita und andere Publikationen der AutorInnen. Es ist eine kritische Würdigung ihres Werdeganges und Einordnung des jeweiligen Vortragstextes in den gesellschaftlichen Kontext. Nicht nur diese Vorgehenswei-

se hebt das vorliegende Buch aus der Vielzahl anderer Publikationen heraus - es ist vor allem die Diversität der hier vereinten Persönlichkeiten.

Die Beiträge beschreiben zunächst stets die Entwicklung von social media, die damit verbundenen Hoffnungen (Internet als „Demokratie-Maschine“), Veränderungen in der Journalismusbranche, und den Unterschied zu vorangegangenen Kommunikationsformen. „Die Digitalisierung verschiebt Dinge, verschiebt unsere Gesellschaft, verschiebt Werte, auch Gesetze, sie verschiebt und schafft Fakten“ (S. 29). Neben dem „Verschwinden des Menschen“ (Pörksen, S. 15), der Veränderung von Diskursen, geht es vor allem um die Zunahme von Hass und Häme im Netz und den Möglichkeiten, dies zu verhindern. Der Journalist Richard Gutjahr erzählt dazu eigene Erfahrungen und verweist auf das Stichwort „Empathie“. Es sei „absolut zentral, zumindest darüber nachzudenken, was man bei einer Person, die man vielleicht gar nicht kennt, die an einem Terminal oder Smartphone am anderen Ende der Welt sitzt, auslösen könnte, wenn man maleben, aus einer emotionalen Laune heraus, in die Tasten hämmert“ (S. 43). Auch der Entzug von Aufmerksamkeit wird als Strategie empfohlen.

Sascha Lobo analysiert Ursachen für die Zunahme von Verschwörungstheorien und Veränderungen in der Gesellschaft durch digitale Medien insgesamt und endet mit dem Aufruf an uns alle „Reclaim Social Media!“ (S. 79).

## Pressemitteilung:

# Faschistische Hetze bekämpfen - aber richtig!

**Zur Diskussion um die ständigen rechtsextremen Veranstaltungen auf dem halleschen Marktplatz erklärt der Stadtverband DIE LINKE Halle:**

„Wir begrüßen grundsätzlich die auf der letzten Stadtratssitzung formulierte Kritik an der faschistischen Hetze auf dem halleschen Marktplatz. Insbesondere die Positionierung gegen die bei diesen Aufmärschen geäußerte antisemitische, rassistische und sexistische Propaganda durch den Oberbürgermeister halten wir für dringend notwendig. Allerdings glauben wir nicht, dass die geäußerten Rezepte funktionieren werden. Es braucht keine neue Situation durch verlängerte Marktzeiten und eine etwaige Markthalle, um effektiv etwas gegen die Hetze zu tun. Vielmehr würde es schon reichen, wenn die Landesregierung einfach ihren Job macht und endlich die Untätigkeit von Polizei und Staatsanwaltschaft in Halle bekämpft.

Die rechtsextremen Demonstrant\*innen können beliebig laut rumschreien, Passant\*innen angreifen und anpöbeln, rassistisch und antisemitisch hetzen - ohne das etwas passiert. Nicht einmal die Infektionsschutzgesetze werden bedacht oder auch nur angemahnt. In Berlin hat die Versammlungsbehörde gerade die Hildmann-Demonstration verboten, weil Straftaten zu befürchten sind. In Halle kann Liebich als Anmelder beständig Straftaten produzieren und der einzige Effekt ist, dass sich die Anzeigen im Büro der Staatsanwaltschaft stapeln. Wer etwas gegen die Hetze tun will, muss die politische Verantwortung von CDU-Justizministerin Keding und CDU-Innenminister Stahlknecht betonen.

Und auch die Stadt hat bessere Möglichkeiten: Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechtsextremismus sollten auf jeder politischen Ebene unterstützt werden. Außerdem gilt es um die Demonstrationen herum ein ganzes Netzwerk von Liebich-Anhänger\*innen und prominenten Corona-Leugner\*innen zu problematisieren. Als erste Maßnahme könnte die Stadt - wie bereits von uns angemahnt - die Fachstelle für Demokratie besetzen.“

## Waffenverbotszonen sind nutzlos und gefährlich

Als DIE LINKE Halle kritisieren wir die unnötige und gefährliche Diskussion um Waffenverbotszonen in Sachsen-Anhalt. Insbesondere der autoritäre Untertanengeist, der die CDU-Stadtratsfraktion bereits Orte für Halle vorschlagen lässt, zeigt die Schiefelage in der Debatte. Scheinbar reflexartig sollen politische Probleme mit der Aushöhlung von Grundrechten gelöst werden.

Aber Erfahrungen aus dem benachbarten Leipzig zeigen: Die Zonen richten mehr Schaden an als das sie Nutzen bringen. Dort darf die Polizei in der Eisenbahnstraße bereits ohne konkreten Anlass kontrollieren. Dabei wurde aber bei über 95 Prozent der Kontrollen nichts gefunden. 95 Prozent der Kontrollierten mussten sich also ohne jeden Verdacht durchsuchen lassen und dabei wurde nicht einmal etwas gefunden, was man als Waffe auslegen könnte.

Denn darum geht es letztendlich. Es geht nicht darum, eine Welt ohne Waffen zu schaffen. Mit der angeblich notwendigen Ausdehnung des bereits existierenden Waffenverbots auf beispielsweise kleine Pfeffersprays soll vielmehr legitimiert werden, schwere polizeiliche Eingriffe in die Grundrechte der Bürger\*innen vorzunehmen.

Als LINKE wollen wir eine demokratische und moderne Polizei, die Respekt vor den Grundrechten aller Menschen hat. Wenn sie unsere Rechte mit Füßen treten will, steht die CDU für das genaue Gegenteil. Es ist erschreckend, dass der zuständige SPD-Innenpolitiker dem Vorschlag nicht grundsätzlich widerspricht. Gerade während der Diskussion um Racial Profiling und Polizeigewalt brauchen wir keine autoritären Phantasien, sondern Ehrlichkeit und Offenheit für rechte Problemlösungen.



## Tür und Tor geöffnet für Beraterindustrie

### Fazit des Untersuchungsausschuss im Bundestag

Von Matthias Höhn, Juli 2020

Für eine Vielzahl von Projekten beschäftigt die öffentliche Hand private Firmen. Allein die Bundesregierung verwies im vergangenen Jahr auf 900 laufende Verträge für Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Gesamtvolumen von über einer Milliarde Euro. Der Bundesrechnungshof kritisierte im Sommer 2018 die Auftragsvergabe im Verteidigungsministerium, zweifelte die Wirtschaftlichkeit an und berichtete über zahlreiche Rechts- und Regelverstöße.

Die Bundestagsabgeordneten der Opposition im Untersuchungsausschuss hatten daraufhin die Klärung dieser Vorgänge verlangt. Lange Erklärungen der damaligen Ministerin von der Leyen folgten. Volle Transparenz wurde versprochen. Doch Vieles blieb vage. Fehler wurden der unteren Arbeitsebene angelastet. Die Weigerung der ehemaligen Staatssekretärin Katrin Suder - einer Schlüsselfigur in dieser Affäre - uns im Bundestag dazu Rede und Antwort zu stehen, hatte letztlich maßgeblich zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses geführt, im Januar 2019 setzen die Fraktionen der LINKEN, FDP und Bündnisgrünen diesen durch. Über 4.600 Aktenordner wurden uns zur Auswertung vorgelegt. Fast ein Jahr lang hatten die Zeugenbefragungen im Bundestag gedauert. Zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen hörten wir im Ausschuss mehr als 40 Zeugen. Nach rund anderthalb Jahren Arbeit steht der Untersuchungsausschuss im Sommer 2020 vor dem Abschluss. Er hat gezeigt: Alle Vorwürfe des Bundesrechnungshofes waren berechtigt.

#### System McLeyen?

Wir haben in den langen Nächten des Untersuchungsausschusses tiefe Einblicke bekommen zum Umgang im Verteidigungsministerium: Wie selbstverständlich, ja fordernd agierten die externen Beraterinnen und Berater in den Amtsstuben von Berlin, Bonn und Koblenz. Denn sie wussten, ihr Einsatz war gewollt - und zwar von ganz oben, nämlich von ihrer ehemaligen Kollegin Katrin Suder und der Bundesverteidigungsministerin selbst. Und die Beamtinnen und Beamten aus dem Ministerium waren sich ebenso kaum einer Schuld bewusst. Nur selten widersprachen einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offen der offiziellen Linie des Hauses. Katrin Suder, Direktorin der bekannten Beraterfirma McKinsey, war die Wunschkandidatin der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen für das Amt der Staatssekretärin. Genau mit ihrem privat-

wirtschaftlichen Hintergrund sollten frischer Wind, neue Verfahren und letztlich mehr Geld in die Bundeswehr gebracht werden. Damit hatte Ministerin von der Leyen die Türen des Verteidigungsministeriums weit aufgestoßen für die private Beraterindustrie.

Der Untersuchungsausschuss im Bundestag hat zahlreiche Rechtsbrüche nachgewiesen: Verstöße gegen das Vergaberecht, freie Hand bei der Vertragsgestaltung sowie satte Verdienste für im Ministerium bestens vernetzte Berater. Dabei fehlte es nicht zuerst an Regeln, sondern am Willen, sie einzuhalten. Bereits bestehende Rahmenverträge wurden als passend interpretiert, um schneller und ohne Vergleichsprüfung zu Vertragsabschlüssen zu kommen. Verträge wurden an Unterauftragnehmer weitergereicht - über viele hat das Ministerium bis heute keinen Überblick. Höhere Honorarsätze, als eigentlich festgelegt, wurden abgeschöpft, indem man z.B. die Stunden eines Projektleiters mit dem Satz eines IT-Spezialisten berechnete. Davon profitierten auch ehemalige Kollegen und Freunde von Katrin Suder aus ihrer Zeit bei McKinsey.

#### Fazit

Das Fazit des Untersuchungsausschusses fällt erwartungsgemäß unterschiedlich aus. Sowohl die Koalitionsfraktionen als auch die Opposition haben ihre Berichte vorgelegt. DIE LINKE hat ihr Sondervotum gemeinsam mit der FDP und den Bündnisgrünen im Bundestag verfasst. Die Koalitionsfraktionen verlagern die Verantwortung für die Missstände in die Bürokratie des Hauses, zumindest die SPD dürfte das intern anders sehen. Denn wer im Ausschuss zugehört hat, weiß, der Einsatz der privaten Berater war ausdrücklich Teil der Reform-Strategie des Verteidigungsministeriums. Berater sollten schalten und walten, mit allen halbwegs vertretbaren Mitteln. DIE LINKE sieht ganz klar die politische Verantwortung der Hausspitze, von der Leyen und Suder hatten die Berater ins Haus geholt und ihnen Rückendeckung gegeben. Ursula von der Leyen hätte mit dieser Bilanz nicht in die EU befördert werden dürfen.

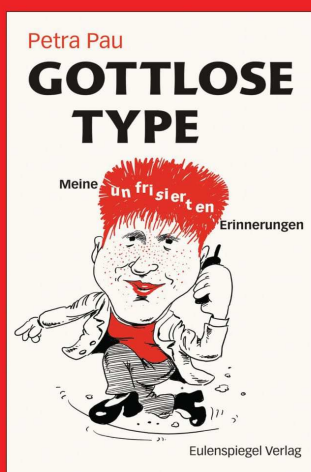
Infolge des Untersuchungsausschusses und einer ausführlichen und kritischen Begleitung durch die Medien sind auch verfahrensrechtliche Änderungen durchgesetzt und Projekte abgebrochen worden. Einige Verfahrensgrundsätze im Ministerium wurden geändert. Die Privatisierung der Heeresinstandsetzungswerke, die großen Reparaturbetriebe der Bundes-



wehr, wurde endlich, aber viel zu spät durch die neue Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer gestoppt. Die 31 Millionen Euro, die zwei Kanzleien für die Konzepte zum Verkauf der Werke erhalten hatten, sind damit verbranntes Steuergeld.

Matthias Höhn

Mitglied des Deutschen Bundestages und Obmann der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss zur Berateraffäre im Bundesverteidigungsministerium und sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE



**Lesung unter freiem Himmel  
mit Petra Pau**

**am Freitag, dem 28.8.2020**

**17.30 - 19.30  
Einlass ab 17.00**

**im Garten des  
Mehrgenerationenhauses**

**Roßmarkt 2  
06217 Merseburg**

**DIE LINKE.**  
Kerstin Eisenreich (MdL)



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die in den  
Monaten August und September Geburtstag haben.**



20. August 2020, Maik Sommer

## Die Linksjugend Sachsen-Anhalt beschließt eine neues Jugendwahlprogramm und stellt zwei Jugendkandidierende

Am vergangenen Wochenende wählte die linksjugend[ 'solid] in Dessau den 22-jährigen Timon Kniewel aus Halle und die 21-jährige Rebekka Grotjohann aus Magdeburg zu ihren Jugendkandidierenden für die kommende Landtagswahl 2021. Ebenfalls wurde auf der zweitägigen Mitgliederversammlung ein neues Jugendwahlprogramm beschlossen.

In dem Programm wird unter vielen weiteren Punkten die Abschaffung der Noten in der Grundschule gefordert, da es aus Sicht der Linksjugend keinen pädagogischen Mehrwert gäbe, bereits Grundschüler unter einen starken Leistungsdruck zu setzen. Desweiteren soll ein Paritätsgesetz durchgesetzt werden, um mindestens die Hälfte aller Abgeordneten im Magdeburger Parlament mit Frauen zu besetzen, wie es bereits in Thüringen und Brandenburg beschlossen wurde.



Die beiden Jugendkandidierenden hoffen bei der anstehenden Listenaufstellung für die Landtagswahl unter die ersten 16 zu kommen. Dann, so die beiden, bestehe eine realistische Chance für die Jugend in Sachsen-Anhalt, ins Magdeburger Parlament einzuziehen.

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 08./09.07.2020

## #Europa

### Notwendiger Neustart der EU unter deutscher Ratspräsidentschaft

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass während der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands finanzielle Mittel für die von der Corona-Pandemie besonders betroffenen Regionen im Rahmen eines europäischen Wiederaufbaufonds mindestens in der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe von 750 Mrd. Euro bereitgestellt werden. Darüber hinaus soll eine EU-weite Mindestlohnregelung etabliert und die unerträgliche Situation für Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen durch eine solidarische Flüchtlingspolitik beendet werden. Der europapolitische Sprecher Wulf Gallert verwies in seiner Begründung zum Antrag darauf, dass die existentielle Krise der EU zu Beginn der Pandemie hat gezeigt, dass noch immer nationale Reflexe stärker sind als europäische Solidarität und eine darin eingebettete Wirtschafts- und Finanzpolitik. Zeitweise habe die gefährliche Illusion die Politik dominiert, dass sich Deutschland und damit auch Sachsen-Anhalt auch dann gut entwickeln könne, wenn große Teile der EU durch die Corona-Pandemie irreversibel geschädigt werden. Dieser grundlegende Irrtum werde allein schon mit Blick auf die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands von der Entwicklung der gesamten EU belegt. Die Bundesrepublik Deutschland und Sachsen-Anhalt können sich nur in einer sich stabil entwickelnden EU weiterentwickeln. Dazu gehört in erster Linie die Akzeptanz der EU in ihren Mitgliedsländern, die jedoch durch die Austeritätspolitik der letzten Jahre schwer geschädigt worden ist. Deshalb ist ein Neuanfang der europäischen Politik gerade auch im Interesse unseres Bundeslandes nötig.

## #Gesundheit in der Krise

### Krankenhauslandschaft in der Krise

Gleich zwei Anträge stellte die Fraktion DIE LINKE

im Rahmen einer aktuellen Debatte zur Gesundheitsversorgung.

### Keine unzulässige Arbeitnehmerüberlassung im Gesundheitswesen

Anlass für diesen Antrag sind die Pläne der AMEOS-Kliniken im Salzlandkreis und im Landkreis Börde nicht-ärztliches Personal in eine Beschäftigungsgesellschaft auszulagern. Darin sieht die Fraktion DIE LINKE eine mögliche unzulässige Arbeitnehmerüberlassung. Zudem sei nicht auszuschließen, dass mit der damit verbundenen Arbeitnehmerüberlassung gestaltungsmisbräuchlich Gelder der Versicherten für die Krankenversorgung in den Konzern umgelenkt werden sollen. Die Landesregierung soll daher eine Prüfung veranlassen und gegebenenfalls auf eine Untersagung hinwirken. Swen Knöchel, Vorsitzender der Enquete-Kommission Gesundheitsversorgung, verwies darauf, dass der AMEOS-Konzern auf diese Weise versuche, den Abschluss eines Tarifvertrages zu umgehen, trotz des nach monatelangen Streiks in den AMEOS Kliniken und des großen Einsatzes der Beschäftigten in der Corona-Krise. Die Kliniken im Salzlandkreis, die sich im Besitz des AMEOS-Konzerns befinden, seien für die Krankenversorgung in der Region unabdingbar. Daher bestehe ein öffentliches Interesse, dass diese Krankenhäuser rechtmäßig und zukunftssicher geführt werden.

### Garantien des Landes für Krankenhausplanung

Im Fokus eines weiteren Antrages steht die derzeitige Krankenhausplanung, deren wesentlicher Fehler sei, dass die Landesregierung sie als bloßes Bestandsverzeichnis verstehe. Der Krankenhausplan von Sachsen-Anhalt ist am 1. Dezember 2019 in Kraft getreten, kann aber in der Praxis kaum durchgesetzt werden. Regelmäßig werde der in ihm verankerte Versorgungsanspruch durch die wirtschaftlichen Interessen einzelner Krankenträger infrage gestellt, so Swen Knöchel weiter. Die Schließung von einzelnen Stationen, wie Geburten- und Kinderstationen, die Reduzierung von Kapazitäten oder die drohende Schlie-

Bung z. B. des Klinikums Havelberg sind Beleg für die Systemfehler und zugleich den mangelnden Willen der Landesregierung, den Krankenhausplan durchzusetzen. Deshalb fordert DIE LINKE von der Landesregierung unter anderem die Garantie der aufgrund der aktuellen Krankenhausplanung festgelegten Standorte, Versorgungsstufen, vorzuhaltenden Fachgebiete, einschließlich spezifischer Versorgungsaufträge und Ausbildungsstätten. Damit soll den Einwohner\*innen, Beschäftigten und Landkreisen Sicherheit für die bestehenden Standorte gewährleistet und den Krankenhausträgern eine Orientierung ihrer Verpflichtungen gegeben werden.

## #Umwelt

### Brüchau und Teutschenthal - Fehler der Landesregierung untersuchen

Nach zahlreichen Debatten im Landtag und in den Ausschüssen zur Bohrschlammdeponie Brüchau und der Grube Teutschenthal sieht die Fraktion DIE LINKE die Notwendigkeit für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange sagte, dass untersucht werden solle, ob und in welchem Umfang durch Tun oder Unterlassen der Landesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden die Umschlagung, Lagerung, Behandlung und Verbringung von Abfällen, Bohrschlämmen usw. entgegen den geltenden Rechtsvorschriften ermöglicht wurden. Dies betreffe im Falle der Obertagedeponie den Zeitraum von 1990 bis Juni 2020 und im Bergwerk Teutschenthal den Zeitraum von 2004 bis Juni 2020. Wurden die erforderlichen Erlaubnisse und Genehmigungen rechtmäßig erteilt? Wurden die Einhaltung geltender Rechtsvorschriften und der in den Erlaubnissen und Genehmigungen enthaltenen Maßgaben ordnungsgemäß überprüft? Sind Verstößen erforderliche Konsequenzen gezogen worden? Mit diesen Fragestellungen soll sich der nunmehr eingesetzte 20. Parlamentarische Untersuchungsausschuss nunmehr befassen.

## #Kinder und Jugend

### Jugend(verbands)arbeit unter Corona-Bedingungen und danach

Die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie haben dazu geführt, dass die klassischen Formate der Jugendbildung und Jugendverbandsarbeit auf absehbare Zeit nicht funktionieren. Darauf verwies die

jugendpolitische Sprecherin Kristin Heiß in ihrer Rede zur Einbringung des Antrages. Insbesondere Workshops, Seminare, Kurse, Gruppenstunden und Verbandsaktivitäten unterliegen besonderen Beschränkungen und seien nicht oder nicht in der herkömmlichen Form möglich. Wann sich diese Zustände normalisieren, sei im Moment nicht absehbar. Selbst bei Aufhebung der bisherigen Einschränkungen sind Nachwirkungen zu erwarten. Die aktuellen digitalen Angebote in der Jugendverbandsarbeit und Jugendbildung bieten Chancen, die verstetigt werden müssen. Dazu will die Fraktion DIE LINKE mit dem Antrag die rechtlichen Vorgaben und Förderrahmen entsprechend anpassen. Kurzfristig brauchen Institutionen der Jugendarbeit finanzielle Förderung für bedarfsgerechte technische Ausstattung und für Fortbildungen ihrer Fachkräfte. Insgesamt müssen im Bereich der Jugendarbeit zukünftig vor allem Strukturen finanziert werden, die auch in Krisenzeiten flexibel und verlässlich für Heranwachsende agieren können.

## #Strukturwandel

### Länderübergreifende Zusammenarbeit der Parlamente

Die vom Strukturwandel betroffenen Regionen Mitteldeutsches Revier und Lausitzer Revier befinden sich jeweils in zwei Bundesländern. Deshalb setzen sich die Linksfraktionen in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg in ihren Landtagen für eine länderübergreifende Kooperation ihrer Parlamente ein. Dies solle nach Aussagen der energiepolitischen Sprecherin Kerstin Eisenreich durch einen zeitweiligen Ausschuss in den jeweiligen Landtagen geschehen. Die Lage des Mitteldeutschen Braunkohlereviers über zwei Bundesländer hinweg mit jeweils unterschiedlichen politisch-föderalen und staatlich-administrativen Bedingungen führe zu besonderen Herausforderungen in der kooperativen Zusammenarbeit im Rahmen des begonnenen Strukturwandelprozesses, die die Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen zeitgleich bewältigen müssen. Die Parlamente müssten eine aktive Rolle bei der Begleitung des Strukturwandels einnehmen und ein Auge darauf haben, dass die für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier vorgesehenen Gelder nur für Projekte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung der Region und entsprechend dem zu entwickelnden Leitbild eingesetzt werden. Der Landtag entschied sich allerdings mehrheitlich für



den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen, mit dem sich das Parlament mit der Berichterstattung der Regierung und damit einer passiven Rolle zufriedengibt.

## **#Wohnen**

### **Bezahlbares Wohnen für Familien mit Kindern, Ältere sowie Menschen mit geringem Einkommen**

Wohnen ist ein soziales Grundrecht und ein menschliches Grundbedürfnis. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE zielt darauf ab, dass dem zukünftig durch eine gemeinwohlorientierte Förderpolitik des Landes Rechnung getragen wird. Denn, so die sozial- und familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann, auch in Sachsen-Anhalt drohen aufgrund von Mietenentwicklungen Prozesse der Verdrängung und Ghettoisierung statt.

Diese müssten verhindert werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Städtebau- und Wohnraumförderung so auszugestalten und neu auszurichten, dass die Förderung nur noch für sozial orientierte Wohnraumschaffung und Ertüchtigung und nicht mehr für privates Wohneigentum erfolgt. Die Wohnungsunternehmen sollen durch günstige, an strikte Bedingungen geknüpfte Fördermittel unterstützt werden, um weiterhin guten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und sicherzustellen. Die Sanierung und Modernisierung im Bestand soll so gefördert werden, dass der Verbleib für einkommensschwache Haushalte nicht gefährdet wird. Zudem soll ein landesweiter Mietpreisdeckel auf KdU-Niveau für Geringverdiener\*innen erprobt werden.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL)

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Juli 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

### **Redaktionschluss Linkes Blatt 2020**

**Oktoberausgabe**

**24.09.2020**

**Novemberausgabe**

**29.10.2020**

**Dezemberausgabe**

**03.12.2020**

### **Stände zum Volksbegehren**

Mi 26.08. 10:00-14:00 Uhr Ratshof/Marktplatz  
Do 27.08. 10:00-14:00 Uhr Neustadtcenter  
Sa 29.08. 10:00-14:00 Uhr Ulrichskirche/  
Boulevard  
Mi 02.09. 10:00-14:00 Uhr Ratshof/Marktplatz  
Do 03.09. 16:30-18:30 Uhr EDEKA  
Ludwig-Wucherer-Str.  
Sa 05.09. 10:00-14:00 Uhr Ulrichskirche/  
Boulevard  
Di 08.09. 10:00-14:00 Uhr Neustadtcenter  
Mi 09.09. 10:00-14:00 Uhr Ratshof/Marktplatz  
Sa 12.09. 10:00-14:00 Uhr Ulrichskirche/  
Boulevard  
Di 15.09. 16:30-18:30 Uhr EDEKA  
Ludwig-Wucherer-Str.  
Mi 16.09. 10:00-14:00 Uhr Ratshof/Marktplatz

### **Termine Termine Termine**

**Senioren-Cafe' am 26. August ab 14:30 Uhr  
im Linken Laden, Leitergasse 4:**

„Parität in Parlamenten und Politik“- wie real  
ist die Gleichberechtigung unserer Frauen?

Vortrag: Dr. Viola Schubert-Lehnardt

### **Vorschau September**

**MV BO Riebeckplatz-Hofjäger 09.09. ab 17 Uhr**  
im Kartoffelhaus Willy-Brandt-Str. 44  
Gäste sind willkommen!

**„Tag der Erinnerung , Begegnung und Mahnung“ am 13. Sept. 2020 um 10 Uhr**

Ort: Gertraudenfriedhof, Treffpunkt: Haupteingang

**Gesamtmitgliederversammlung am 26.09.2020**

**Senioren-Cafe' am 30. September ab 14:30 Uhr  
im Linken Laden, Leitergasse 4**

„3. Oktober - Tag der deutschen Einheit-  
Gesprächsrunde über Wendeerfahrungen“